Niederschrift über die 18. Sitzung des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates Suhl am 24.11.2020

Ort: Rathaus Suhl - Oberrathaussaal, Marktplatz 1, 98527 Suhl

Zeit: 17:00 – 20:15 Uhr

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE (gemäß Ablauf der Sitzung)

	Beschluss-Nr.
Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)	
Öffentlicher Teil	
4. Feststellung der Anwesenheit	
5. Abstimmung über das Rederecht für Gäste	
6. Abstimmung über die Tagesordnung	
7. Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)	
8. Informationen durch den Ausschussvorsitzenden	
9. Behandlung von Beschlussvorlagen	
9.1. Finanzierungszuschuss an die SNG	FVR 063/18/2020
10. Behandlung von Anträgen	
11. Behandlung von Anfragen zur öffentlichen Sitzung gemäß § 23 (2) der Geschäftsordnung	
Nicht öffentlicher Teil (TOP 12 – 15)	

Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)

Öffentlicher Teil

TOP 4.:	Feststellung der Anwesenheit	- öffentlich -
----------------	-------------------------------------	----------------

Von 10 Ausschussmitgliedern sind 10 anwesend. Damit ist der Finanzausschuss beschlussfähig.

TOP 5.:	Abstimmung über das Rederecht für Gäste	- öffentlich -
----------------	--	----------------

Für den öffentlichen Teil sind keine Gäste geladen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 10 Stimmberechtigten

Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

**TOP 7.: Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung
(schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)**

Frau Rennert erkundigt sich zur stattgefundenen Demonstration der Corona-Gegner am 19.11.2020 auf dem Marktplatz Suhl, wo zeitgleich auch der Frischemarkt stattfindet. Warum wird der Frischemarkt verlegt, um den Corona-Gegnern direkt vor dem Rathaus eine Plattform zu bieten? Das ist auch mit finanziellen Kosten verbunden (Strom, Wasser usw.). Frau Rennert bittet hier um eine entsprechende Antwort.

Herr Knapp antwortet wie folgt:

Verlegung des Versammlungsortes: grundsätzlich nur bei einer hinreichend begründeten Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung möglich – dies ist jedoch in den seltensten Fällen gegeben

Vgl. auch VG Weimar, Beschluss vom 26. Mai 2005 – 4 E 642/05.We –
Auszug:

„Gemäß § 15 Abs. 1 VersammlG kann die zuständige Behörde eine Versammlung oder einen Aufzug verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei der Durchführung der Versammlung oder des Aufzugs bzw. ohne die erforderlichen Auflagen unmittelbar gefährdet ist. Die behördlichen Eingriffsbefugnisse werden im Versammlungsrecht dadurch begrenzt, dass Verbote und Auflösungen ebenso wie die Anordnung von Auflagen nur bei einer „unmittelbaren Gefährdung“ der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung statthaft sind. Derartige Maßnahmen sind nur bei einer „unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ statthaft. Dies erfordert eine Gefahrenprognose, deren tatsächliche Grundlagen substantiiert dargetan und konkret zu belegen sind. Bloße Verdachtsmomente und Vermutungen reichen nicht aus (vgl., Roth, Rechtsextremistische Demonstrationen in der verwaltungsgerichtlichen Praxis, VBIBW 2003, 41, 45). Mit Rücksicht auf die grundlegende Bedeutung der Versammlungsfreiheit darf die Behörde bei Verboten und Auflagen keine zu geringen Anforderungen an die Gefahrenprognose stellen. Bei irriger Einschätzung der Sachlage bleibt die Möglichkeit einer späteren Auflösung der Versammlung nach § 15 Abs. 2 VersammlG (vgl. OVG Weimar, Beschluss vom 3. September 1999, - 3 ZEO 671/99 und 3 EO 672/99 -; S. 5 des Beschlussabdrucks).

Auch Auflagen dürfen die Grundrechte aus Art. 5 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 1 Grundgesetz nicht unverhältnismäßig einschränken. Behördliche Maßnahmen haben sich auf das zu beschränken, was zum Schutz gleichwertiger Rechtsgüter notwendig ist. Das durch Art. 8 GG gewährte Freiheitsrecht schützt Versammlungen und Aufzüge als Ausdruck gemeinschaftlicher Meinungsbildung. Als Abwehrrecht des Bürgers gewährleistet es den Grundrechtsträgern grundsätzlich das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt und Inhalt der Veranstaltung (ThürOVG, Beschluss v. 3. September 1999 - 3 ZEO 671/99 -).
(...)“

Corona-Info-Tour am 19.11.2020

Es handelte sich um die Zusammenkunft einer Mehrheit natürlicher Personen, die den Zweck verfolgten, eine gemeinschaftliche Meinungsäußerung zur aktuellen Corona-Situation und dem politischen Umgang mit dieser zu erzielen. Der Begriff der Versammlung war damit erfüllt.

Die Anmeldung bei der zuständigen Behörde (Stadt Suhl) erfolgte per E-Mail am Sonntag, den 15.11.2020. Die Anmeldefrist von 48 Stunden war somit gewahrt.

Die Versammlung sollte auf dem Suhler Marktplatz stattfinden. Hierbei handelt es sich um eine öffentliche Verkehrsfläche, deren Benutzung durch Gemeingebrauch oder Sondernutzung erfolgt. Entscheidend für den Gemeingebrauch ist der Verkehrsbezug. Als verkehrsbezogene Nutzung wird auch der kommunikative Verkehr gesehen – als Stätte der kommunikativen Begegnung, der Pflege menschlicher Kontakte und des Informations- und Meinungs-austausches (vgl. Positionspapier des Deutschen Städtetages vom 16.11.2017, Seite 9). Diese Voraussetzungen werden durch eine Versammlung erfüllt (siehe Def. Versammlung).

Der Versammlungsleiter ging von einer Teilnehmerzahl von bis zu 500 Personen aus. Aufgrund der aktuellen Corona-Vorschriften haben Personen einen Mindestabstand von 1,50 Meter zueinander einzuhalten. Insofern muss aus Gründen des Infektionsschutzes ausreichend Fläche zur Verfügung stehen. Eine andere geeignete Fläche als der Marktplatz stand zum geplanten Zeitpunkt der Versammlung nicht zur Verfügung. Der Platz der Deutschen Einheit war am 19.11.2020 durch das Congress Centrum Suhl in Benutzung. Der Mühlplatz wird derzeit aufgrund einer Havarie durch die Anwohner der Friedrich-König-Str. 9 bis 17 als Parkfläche genutzt. Weitere geeignete Flächen existieren im Innenstadtbereich nicht. Im Übrigen wird auf die Ausführungen unter Pkt. 1, letzter Absatz, verwiesen.

Zum Zeitpunkt der Prüfung der Versammlungsanmeldung hatte die Versammlungsbehörde keine Kenntnis über eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die eine Untersagung der Versammlung gerechtfertigt hätte. Gleichwohl wurden diverse Auflagen erteilt um bspw. die Teilnehmer und unbeteiligte Dritte vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus Covid-19 zu schützen. Die pauschale Annahme, dass die angekündigten Redner im Kontext von „Corona-Leugnern“ und „Querdenken“ einschlägig bekannt seien und insbesondere das Einhalten des Mindestabstandes und das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nicht akzeptiert und umgesetzt werden, genügt nicht zur Untersagung der Versammlung. Dies hat zuletzt das Verwaltungsgericht Frankfurt in seinem Beschluss vom 19.11.2020 (Az.: 5 L 3106/20.F) festgestellt.

Während der Durchführung der Versammlung wurde sich nach Einschätzung der Versammlungsbehörde an die erteilten Auflagen gehalten und es wurden auch sonst keine Gründe für die Auflösung der Versammlung festgestellt.

Im Ergebnis lässt sich damit feststellen, dass die Versammlung zulässig war und weder Gründe für eine Änderung des Versammlungsortes noch Gründe für eine Untersagung vorlagen. Die Versammlungsbehörde hat dabei im Angesicht des hohen Gutes der Versammlungsfreiheit als Instrument der demokratischen Grundordnung, ihr Ermessen streng und fehlerfrei angewandt.

Frau Rennert:

- sehr schwierig, so eine Demonstration zu verbieten
- Hätte man nicht sagen können, dass der Markt besetzt ist?

Herr Knapp:

- Eine Verlegung Frischemarkt ist jederzeit möglich, da der Frischemarkt mit mobilen Geräten anreist.
- Anders wäre es gewesen, wenn feststehende Hütten auf dem Marktplatz aufgebaut worden wären.
- Bitte um Akzeptanz auch anderer Meinungen
- Wir befinden uns in einem demokratischen Rechtsstaat und es gehört dazu, auch andere Meinungen auszuhalten.
- OB teilt in diesem Fall die Meinung ausdrücklich nicht.

TOP 8.: Informationen durch den Ausschussvorsitzenden

- öffentlich -

Durch die Vorsitzende werden keine Informationen gegeben.

TOP 9.: Behandlung von Beschlussvorlagen

- öffentlich -

TOP 9.1.: Beschluss-Nummer: **FVR 063/18/2020**
(Drucksachen-Nr.: 2020-0253)
Finanzierungszuschuss an die SNG

- öffentlich -

Frau I. Ehrhardt: Es muss sichergestellt werden, dass die SNG solange den Zuschuss bekommt, wie der Rechtsstreit läuft – bis eine Entscheidung getroffen wird, da bekanntlich Gerichtsprozesse länger dauern. Wie wird Rechtssicherheit geschaffen?

Herr Reigl: Verweis auf Ziffer 3 der Finanzvereinbarung

Herr Dr. Uske: Wie ist der aktuelle Stand zu den Verhandlungen? Gibt es ein Einlenken seitens des Landkreises?

Herr Knapp: Es ist eine Erwiderung der vom Landkreis beauftragten Kanzlei eingegangen. Diese beantragt die Klage abzuweisen und beantragt gleichzeitig Fristverlängerung, um sich in den Verwaltungsvorgang einzuarbeiten.

Herr Dr. Uske: Gibt es vonseiten der SNG andere Möglichkeiten, um eventuell den Druck zu erhöhen?

Frau I. Ehrhardt: Es wurde ausdrücklich von der Rechtsanwaltskanzlei abgeraten. Das Angebot muss jetzt aufrechterhalten werden, solange die Klage läuft.

Herr Keiner zu Pkt.2 Finanzvereinbarung – Maximalbetrag 135 T€: Kann man davon ausgehen, dass immer wesentlich mehr ausgegeben wird dafür?

Herr Knapp: Der Höchstbetrag der Abrechnung der abgerechnet werden kann, ist auf 135 T€ begrenzt. Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlichen Kosten, bezogen auf die Kilometer.

Herr Kremer erkundigt sich, ob Frau Greiser alleine federführend ist oder ob der Kreistag Schmalkalden-Meiningen mit eingebunden ist und welche Stellungnahmen dazu in der Stadt Suhl vorliegen.

Herr Knapp: Inwieweit der Kreistag Schmalkalden-Meiningen eingebunden ist, entzieht sich der Kenntnis.

Die Gespräche, die jetzt geführt werden, werden begleitet von 2 Kreistagsmitgliedern, die auch Aufsichtsräte der MBB sind.

Der Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschuss beschließt:

1. Die im Produktsachkonto 54700.5412200/7412200 (ÖPNV; Zuweisungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht) geplanten finanziellen Mittel i. H. v. 135.000 € werden im November 2020 an die Städtische Nahverkehrsgesellschaft Suhl/Zella-Mehlis mbH (SNG) ausgezahlt. Grundlage hierfür ist die Finanzvereinbarung zwischen dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen und der Stadt Suhl über die finanzielle Absicherung der Kreisgrenzen überschreitenden Linienverkehre der SNG mbH auf dem Gebiet der Stadt Zella-Mehlis.
2. Die Realisierung der im Produktsachkonto 54700.4144300 (ÖPNV; Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbänden) geplanten Erträge/Forderungen gegenüber dem Landratsamt Schmalkalden-Meiningen erfolgt über die anhängige Klage 2K 1006/Me beim Verwaltungsgericht Meiningen, die der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 26.08.2020 beschlossen hat.

3. Bis zur Rechtskraft des im Rahmen des v. g. Klageverfahrens zu ergehenden Urteils übernimmt die Stadt Suhl vorerst in Vorleistung auch in den Folgejahren die Zahlung der Zuwendung an die SNG i. H. v. 135.000 € entsprechend der Festlegungen in der Finanzvereinbarung zwischen dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen und der Stadt Suhl über die finanzielle Absicherung der Kreisgrenzen überschreitenden Linienverkehre der SNG mbH auf dem Gebiet der Stadt Zella-Mehlis (2 Raten à 67.500 € im Mai und November). Die Aufwendungen/Auszahlungen einschließlich auch die Erträge/Einzahlungen aus den Forderungen gegenüber dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen sind in den Haushaltsplänen der Folgejahre entsprechend zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 10 Stimmberechtigten

Somit ist die Vorlage bestätigt.

TOP 10.: Behandlung von Anträgen

- öffentlich -

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 11.: Behandlung von Anfragen zur öffentlichen Sitzung gemäß § 23 (2) der Geschäftsordnung

- öffentlich -

Es werden keine Anfragen gestellt.

Nicht öffentlicher Teil (TOP 12 – 15)

Ingrid Ehrhardt
Ausschussvorsitzende

A. Ehrhardt
Schriftführerin